

JOSEF GELMI

Kirchliches Zeitgeschehen

Eines der großen Ereignisse der katholischen Kirche im vergangenen Frühjahr war die afrikanische Sondersynode, die vom 10. April bis zum 8. Mai im Vatikan stattfand. Sie stand unter dem Motto: „Die Kirche in Afrika und ihre Sendung zur Evangelisierung bis zum Jahr 2000 – Ihr werdet meine Zeugen sein (Apg 1,8) –“. Bei diesem Treffen, an dem 290 Bischöfe, Priester und Ordensleute teilnahmen, ging es um entscheidende Themen für die Kirche in Afrika. Leider war das Medienecho eher gering. Allgemein zeigten die Bischöfe Wunden auf und sprachen sich für Inkulturation aus. Sie verabschiedeten 64 Vorschläge, in denen das Ergebnis des Treffens zusammengefaßt ist. Der Text wurde dem Papst vorgelegt, der daraus ein Lehrschreiben erstellen wird.

Papst Johannes Paul II. mußte am 29. April 1994 nach einem Sturz im Badezimmer seines privaten Appartements ein künstliches Hüftgelenk eingesetzt werden. Spekulationen um einen gesundheitsbedingten Rücktritt setzte Johannes Paul II. damit ein Ende, daß er erklärte, er werde nicht in „Pension“ gehen, „weil es keinen Platz für pensionierte Päpste gibt“. Beim ersten Angelusgebet nach seiner Entlassung aus der Klinik sagte Johannes Paul II. wörtlich: „Während meines Klinikaufenthaltes war mir wieder die große Gestalt des polnischen Primas Wyszynski nahe, der mir am Anfang meines Pontifikates gesagt hatte: Du mußt die Kirche ins dritte Jahrtausend führen. Und ich verstand, daß ich sie

auch mit Schmerzen hinüberführen muß ...“

Eine klare Absage erteilte der Papst im Februar 1994 dem Vorschlag des Europäischen Parlaments, homosexuellen Paaren die Heirat und die Adoption von Kindern zu gestatten. Johannes Paul II. kritisierte auch scharf die Vorbereitungen zur UN-Weltbevölkerungskonferenz im September 1994 in Kairo. In einem am 14. April 1994 veröffentlichten Schreiben an alle Staatsoberhäupter der Welt betonte er, daß das geplante Kairoer Dokument einen Verrat an den Idealen der Vereinten Nationen bedeute, weil es den Schutz des Lebens und der Familie völlig mißachte. Im März schlug der Papst die Einführung eines staatlichen „Familiengehaltes“ für jene Mütter vor, die zur Erziehung der Kinder auf eine berufliche Arbeit verzichten. Mit dem Apostolischen Schreiben „*Ordinatio Sacerdotalis*“ vom 30. Mai 1994 schloß Johannes Paul II. die Möglichkeit der Priesterweihe für Frauen endgültig und verbindlich aus.

Die Vatikanische Gottesdienstkongregation schickte an alle Bischofskonferenzen im März 1994 ein Schreiben, in welchem es den einzelnen Bischöfen freigestellt wird, weibliche Ministranten in ihren Diözesen zuzulassen.

Knapp zwei Wochen vor den Parlamentswahlen am 27. März 1994 in Italien begann Johannes Paul II. am Grab des Apostels Petrus ein „großes Gebet“ für dieses Land. Der Papst forderte die Italiener auf, sich angesichts ihrer religiösen und historischen

Wurzeln „ihres bedeutenden Erbes würdig zu erweisen“, enthielt sich aber jeder konkreten Wahlempfehlung. Bei den Wahlen wurde dann die erst im Jänner von Medienzar Silvio Berlusconi gegründete Bewegung, „Forza Italia“, auf Anhieb die stärkste politische Kraft des Landes. Der große Verlierer war neben dem linken Wahlbündnis die politische Mitte, zu der sich die Ex-DC, bisher stärkste Partei des Landes, und die Liste des katholischen Reformpolitikers Mario Segni zusammengeschlossen hatten.

In Rom verstarb am 23. März 1994 der Leiter des Opus Dei, Bischof Alvaro del Portillo. Zu seinem Nachfolger gewählt und vom Papst bestätigt wurde der Spanier Mons. Javier Echevarria. Damit erhielt Echevarria die Leitungsvollmacht, die er in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Kirchenrecht und den Statuten der Prälatur auf Lebenszeit ausübt.

Die Österreichische Bischofskonferenz beschloß Ende März 1994, den Papst anlässlich der 1000-Jahr-Feier Österreichs im Jahre 1996 zu einem dritten Besuch einzuladen. Johannes Paul II., so Kardinal Groer, habe Anfang März ihm gegenüber den Wunsch geäußert, noch einmal nach Österreich kommen zu wollen. Am 27. Jänner 1994 erhielt Kardinal Franz König die Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät Münster. In der Verleihungsurkunde heißt es, König werde als „Repräsentant einer dialogfähigen, lernbereiten und erneuerungswilligen Kirche“ geehrt.

Besondere Betroffenheit löste der Tod des Wiener Weihbischofs Florian Kuntner am 30. März 1994 aus. Der im 62. Lebensjahr an einer Tropenkrankheit verstorbene Geistliche war Präsident der bischöflichen Kommission „Iustitia et pax“ und der internationa-

len katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“. Kuntner trat in besonderer Weise für die Menschenrechte und für einen humanen Umgang mit Ausländern ein.

Am 1. Jänner 1994 ging in München das Europäische Jugendtreffen von Taizé zu Ende. Etwa 80.000 Jugendliche aus der ganzen Welt nahmen an diesem Treffen teil. In Hamburg betonten im Mai katholische und evangelische Bischöfe nachhaltig das Recht auf Kirchenasyl. Es verhindert nach Auffassung des Limburger Bischofs Franz Kamphaus, daß „unschuldige Menschen buchstäblich zum Teufel gejagt werden und vor die Hunde gehen“. Für die Schwächsten in unserer Gesellschaft hatte sich auch der am 23. Jänner 1994 verstorbene Aachener Bischof Klaus Hemmerle eingesetzt. „Als Bischof muß ich bei den Menschen sein, die am stärksten bedrängt sind“.

Diesen Satz hat der Bischof auch durch sein Leben bezeugt.

Am 14. Jänner wählte das Domkapitel von Basel den 43 Jahre alten Berner Stadtpfarrer Hansjörg Vogel zum neuen Bischof des größten Schweizer Bistums. Weil der Bischof von Basel nicht wie sonst fast überall üblich vom Papst ernannt, sondern vom Domkapitel gewählt wird, fand diese Wahl auch jenseits der Schweizer Grenzen große Beachtung. Nach dem Konkordat von 1828 kann der Papst die Entscheidung des Domkapitels nur bestätigen oder ablehnen, aber keine eigenen Vorschläge machen. Allerdings können die Kantonsvertreter vor der Wahl einen Kandidaten von der Sechserliste streichen. Dies ist in der Tat auch geschehen. Ausgerechnet der angesehene Regionaldekan für den Kanton Luzern, Rudolf Schmid, wurde von der Liste getilgt. Das löste bei dieser Bischofsbestellung einige Mißtöne aus.

In Frankreich ist laut einer Umfrage der Kapuzinerpater Abbé Pierre die populärste Persönlichkeit. Vierzig Jahre nach seinem ersten Appell zugunsten der Obdachlosen, der 1954 zu einer beispiellosen Hilfsaktion führte, rief er anlässlich des Todes mehrerer Clochards infolge eines Kälteeinbruchs die Bevölkerung auf, an ihre Bürgermeister zu schreiben, damit alle Gemeinden für die Bedürftigen genügend Wohnungen zur Verfügung stellen. Im April 1994 wurde der Dominikanerpater Yves Congar, einer der bedeutendsten Vertreter der „Nouvelle Theologie“, 90 Jahre alt. Der große Theologe, der das Zweite Vatikanische Konzil mitgeprägt hat, sah die Notwendigkeit, den Inhalt der Dogmen aus ihrer historischen Entwicklung zu erklären.

Die anglikanische Kirche von England weihte am 12. März 1994 erstmals 32 Frauen zu Priesterinnen. Vielen Geistlichen der anglikanischen Kirche waren diese Frauenordinationen ein Dorn im Auge. Reverend Anthony Kennedy aus Luton in der nordenglischen Grafschaft Lincolnshire soll laut der Londoner „Times“ gesagt haben: „Im Mittelalter würde ich diese verdammten Weiber verbrannt haben. Leider ist das heute verboten.“ Sieben Bischöfe und ca. 700 Kleriker äußerten die Absicht, zur katholischen Kirche übertreten zu wollen.

Papst Johannes Paul II. richtete wiederholt eindringliche Appelle an die internationale Gemeinschaft, alles für einen gerechten Frieden in Bosnien-Herzegowina zu tun. Untätigkeit warfen 33 europäische Bischöfe den Vereinten Nationen und den europäischen Staaten angesichts des Mordens und der Gewalt im früheren Jugoslawien vor. Bei der 24. Vollversammlung des katholischen Rates der Europäischen

Bischofskonferenzen in Mainz im Jänner 1994 verlangten die Bischöfe, daß die „Kriegstreiber von ihrem erbarmungslosen Tun ablassen“.

Deutliche Meinungsunterschiede gab es beim Treffen des US-Präsidenten Bill Clinton mit dem Papst am 2. Juni 1994 im Vatikan. Im Vordergrund der 40-minütigen Privataudienz stand die im September in Kairo geplante internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung. „Wir haben noch immer Differenzen beim Thema Verhütung“, sagte Clinton auf einer Pressekonferenz in Rom. Johannes Paul II. appellierte nach Angaben seines Sprechers Joaquin Navarro-Valls an die Verantwortung der USA, „die ethischen Werte zu fördern, die Grundlage jeder Zivilisation sind“.

Scharfen Protest gegen das Vorbereitungsdokument für die im September 1994 in Kairo stattfindende UN-Bevölkerungskonferenz legte der Lateinamerikanische Bischofsrat im April 1994 ein. „Der Mensch wird immer mehr als ein Produkt unter anderen hingestellt“, heißt es in dem Dokument. Statt Kampagnen zur Geburtenkontrolle zu finanzieren, sollten die internationalen Organisationen lieber für eine bessere und gerechtere Verteilung der Güter und Ressourcen der Welt sorgen.

Die mexikanische Kirche erklärte sich solidarisch mit einem Großteil der Forderungen der Indio-Rebellen im süd mexikanischen Staat Chiapas. Energisch protestierte Bischof Willy Romélus von Jérémie gegen die Regierung von Haiti. „Wir stehen in der Früh auf und finden Leichen auf den Straßen.“ Mit diesen Worten schilderte der Oberhirte die Unrechtssituation in diesem Lande. Seit dem Militärputsch vom September 1991 werde Haiti von

einer „blutigen, kriminellen Diktatur“ beherrscht.

Die katholische Kirche in Brasilien warnte im Februar 1994 vor einer Einschränkung der Rechte der Indianervölker. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde am 16. März 1994 der brasilianische Erzbischof Kardinal Aloisio Lorscheider nach einer Entführung durch meuternde Häftlinge 250 Kilometer südlich der Stadt Fortaleza freigelassen. Einer der herausragendsten Vertreter der brasilianischen Kirche, Dom Helder Camara, wurde am 7. Februar 1994 85 Jahre alt. Der Alterzbischof von Olinda und Recife wurde wegen seines Kampfes gegen soziale Ungerechtigkeit und wegen seiner Forderungen nach Demokratie und Gerechtigkeit weltweit bekannt.

Ein Fieber der Gewalt und abscheulicher Greuelthaten erfaßte Ruanda. Mit einem tödlichen Flugzeugabsturz des Präsidenten Habyarimana fing alles an. In einer Dorfkirche massakrierten im April Soldaten der ruandischen Regierungstruppen 1200 Angehörige des Minderheitenvolkes der Tutsi. Ein großer Teil der Opfer waren Kinder. Bei zwei neuen Massakern im Juni wurden der Erzbischof von Kigali, Vincent Nsengiyumava, 22 katholische Geistliche und mehr als 60 Flüchtlinge ermordet. Papst Johannes Paul II. reagierte mit „tiefer Bestürzung“ auf diese Nachricht. Er forderte die Katholiken aller Welt auf, für den Frieden in Afrika zu beten. Johannes Paul II. appellierte auch wiederholt an die Regierenden, den Völkermord in Ruanda zu beenden.

Am 30. Dezember 1993 kam es zu einer historischen Übereinkunft zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel. Es

wurde ein Vertrag über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet. Damit wurde ein Stolperstein in den Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Judentum weggeräumt. Im Libanon herrscht weiterhin Zerrissenheit, Chaos und Unregierbarkeit. Am 27. Februar 1994 wurde auf eine Kirche der christlichen Maroniten nahe der libanesischen Hauptstadt Beirut ein Bombenanschlag verübt, bei dem zehn Menschen ums Leben kamen und sechzig verletzt wurden. Wegen der gespannten Lage im Lande sagte der Papst seine für Ende Mai geplante Reise ab.

Eine erfreuliche Nachricht kam aus Kambodscha, wo sich eine ganz kleine christliche Minderheit befindet. Salesianer eröffneten im März 1994 in der Hauptstadt Pnom Penh eine technische Ausbildungsstätte. An der feierlichen Einweihung nahmen auch der Ministerpräsident des Landes und zahlreiche Minister teil. In der „Don Bosco Technical School“ erhalten junge Kambodschaner eine Ausbildung als Elektrotechniker, Mechaniker und Schriftsetzer. Über 2000 Katholiken aus ganz Taiwan demonstrierten im April 1994 vor dem Parlamentsgebäude in Taipeh gegen den Plan der Regierung, im Zuge eines Städteerneuerungsprogramms 73 Kirchen dem Erdboden gleichzumachen.

In der Volksrepublik China bleibt trotz einiger Gesten des guten Willens die Freiheit der Kirche beschränkt. Darauf wies der Leiter des China-Zentrums in St. Augustin, der Steyler-Pater Roman Malek, hin. Nach seinen Worten gelten die neuen chinesischen Freiheiten noch nicht für die romtreue Untergrundkirche.